

Sächsische Elbzeitung

Tageblatt für die Sächsische Schweiz

Amtsblatt für das Amtsgericht, das Hauptpostamt, sowie für den



Stadtrat zu Schandau und den Stadtgemeinderat zu Hohnstein

Die „Sächsische Elbzeitung“ erscheint täglich mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. Die Ausgabe des Blattes erfolgt nachmittags 5 Uhr. Bezugspreis: vierteljährlich 3.60 M., monatlich 1.20 M., durch die Post vierteljährlich 3.60 M. (ohne Bestellgeld). Die einzelne Nummer kostet 15 Pfg. Alle Postanstalten im Reich und im Auslande, die Briefträger und die Geschäftsstellen, sowie die Boten nehmen jederzeit Bestellungen auf die „Sächs. Elbzeitung“ an.

Anzeigen sind bei der weiten Verbreitung der „Sächsischen Elbzeitung“ von gutem Erfolg. Annahme derselben nur bis spätestens vormittags 9 Uhr. Größere Anzeigen am Tage vor dem Erscheinen erbeten. Ortspreis für die 6 gespaltene Kleinschriftzeile oder deren Raum 30 Pfg., für auswärtige Aufträge 35 Pfg. (tabellarische und schwierige Anzeigen nach Uebereinkunft), Reklame und Eingekauft die Zeile 75 Pfg. Bei Wiederholungen Rabatt.

Druck und Verlag: Sächsische Elbzeitung, Alma Stele.

Verantwortlich: Konrad Rohrlapper, Bad Schandau.

Fernruf Nr. 22. Telegramme: Elbzeitung. :: Postcheckkonto: Leipzig Nr. 34918. Gemeindeverbands-Girokonto Schandau 36.

Tageszeitung für die Landgemeinden Altendorf, Kleinhennersdorf, Krippen, Eichtenhain, Mitteldorf, Ostau, Porschtal, Postelwitz, Proffen, Rathmannsdorf, Reinhardttsdorf, Schmilka, Schöna, Waltersdorf, Wendischfähre, sowie für das Gesamtgebiet der Sächsisch-Böhmischen Schweiz.

Nr. 233/34

Bad Schandau, Dienstag, den 18. November 1919

63. Jahrgang

Kleine Zeitung für eilige Leser.

* Der Reichskanzler bezeichnet in seiner Antwort an Bayern das Gerücht als unsinnig, wonach die süddeutsche Industrie augenblicklich der norddeutschen Hilfe bedürftig werden solle.

* Generalfeldmarschall v. Hindenburg fordert in einem Aufruf an die Berliner auf, von weiteren Kundgebungen Abstand zu nehmen.

* In der Preussischen Landesversammlung wandte sich Ministerpräsident Sieck schärf gegen die Demonstrationen in Berlin.

* Aus Kohlenmangel wird die gesamte angeschlossene Industrie von den Leitungsstellen der Elektrizitätswerke Hamburg, Altona und Wandsbek abgehaltet.

Ehrenrettung.

Von der Wissenschaft her, das haben wir immer gehofft und erwartet, wird und muß dem deutschen Namen in der Welt wieder Genugtuung zuteil werden. Zu viel haben die „Boches“ für Erkenntnis und geistigen wie kulturellen Fortschritt der Menschheit getan, um sich auf diesem Gebiete nicht am Ende aller Dinge doch wieder durchzusetzen, so tief man sie auch im Angesichte der ganzen Welt gedemütigt hat, so sehr man sie für alle Zeiten mit dem Brandmal der Minderwertigkeit, ja hoffnungsloser Unkultur schänden wollte.

Wie ein Lichtstrahl aus trüben Wolken kommt soeben aus der bänitischen Hauptstadt die Nachricht, daß das Komitee für die Verteilung der Nobelpreise diesmal nicht weniger als drei deutsche Gelehrte auf die Liste gesetzt hat: den Mathematiker Max Planck, den Physiker Johannes Stark und den Chemiker Fritz Haber, den Direktor des Kaiser-Wilhelm-Instituts in Dahlem und Mitglied der Akademie der Wissenschaften. Drei Männer, auf die das deutsche Volk stolz sein konnte, auch ohne Rücksicht darauf, ob sie im Auslande ihren wissenschaftlichen Verdiensten entsprechend gewürdigt wurden oder nicht, durch deren Ehre vielmehr die fremden Nationen nur sich selbst ehren konnten. Daß aber die Verwaltung des Nobelpreises sich zu dieser löblichen Unbefangenheit schon in einem Zeitpunkt aufzuschwingen vermochten, da der Friede noch nicht einmal allseitig ratifiziert, noch nicht einmal in Kraft getreten ist, da die uns feindliche Presse noch Tag für Tag wiederholt von unfähigen Verschimpfungen alles dessen, was deutsch ist, deutsch denkt, deutsch fühlt, ist immerhin als eine mutige Tat anzuerkennen. Denn sie wirkt — und soll wohl auch wirken — wie ein Befehl, wie ein Aufruf zur Besonnenheit und Gerechtigkeit, wie eine Rückkehr zur Wahrheitsliebe, zunächst wenigstens in dem Bereich derjenigen menschlichen Geistesarbeit, die nur gedeihen kann, sofern sie sich in dem Willen zur Wahrheit in der unbedingten Ehrlichkeit des Forschens durch nichts betören läßt. Die deutsche Wissenschaft hat sich von jeder grenzenlosen Hingabe an den Menschheitsdienst, den ihre Arbeit darstellt, ausgezeichnet, durch eine Selbstlosigkeit in der Darreichung ihrer Erzeugnisse an alle Völker der Erde, die anderwärts vielfach mit spöttischem Nacheifern quittiert wurde. Dafür ist sie während des Krieges von englischen wie von französischen Ruhmstreichern in der erbärmlichsten Weise geschmäht worden, sie mitsamt den Männern, die ihr ganzes Leben wissenschaftlicher Arbeit geweiht haben.

Und nun diese Auswahl bei der Verteilung der Nobelpreise, die man sich im Laufe der Zeit gewöhnt hat als eine Art internationales Schiedsrichtertum anzusehen für das größere oder geringere Maß von menschlichsfördernder Arbeit, das in den einzelnen Ländern in einem bestimmten Zeitabschnitt geleistet worden ist. Nicht ohne wichtigen Meis ist dabei die Tatsache, daß unter den also ausgezeichneten sich gerade auch Geheimrat Haber befindet, der Erfinder unserer Gasgeschosse im Kriege. Ob hier bewußte Absicht mitgewirkt hat, oder ob ein anderer Gelehrter gleichen Ranges überhaupt nicht in Frage kam, weder in Deutschland noch anderwärts?

Gleichviel, wir dürfen diese Verteilung von Nobelpreisen als einen ersten Erdbühnenakt nach jahrelangem Druck und Donkott freudig begrüßen. Wie unsere Feinde sich zu ihm stellen werden, ist ihre Sache; sie sehen jedenfalls, daß das neutrale Ausland der struppelosen Verhöhnung unter den Böllern überdrüssig geworden und entschlossen ist, sie abzuschütteln. Dem ersten Schritt werden hoffentlich bald weitere folgen.

Reichstagswahlen.

Die Unvollkommenheit aller menschlichen Einrichtungen hat auch die Novemberrevolution des vorigen Jahres überdauert; das müssen selbst die glühendsten Vorkämpfer der neuen Weltordnung zugeben, die den überkommenen Zustand der Dinge abgelöst hat. Früher hieß es immer, das Volk könne nicht oft genug zu allgemeinen Wahlen aufgerufen werden, da seine politische Vertretung sonst nur zu rasch hinter der wahren Stimmung der Wählerschaft zurückbleiben könnte. Deshalb war man von fünf- zu dreijährigen Wahlperioden übergegangen, was aber den Sozialdemokraten noch lange nicht genigte, die vielmehr am liebsten Jahr für Jahr Wahlen ausgeschrieben hätten, um die gesetzgebenden Körperschaften nicht überaltert zu lassen. Jetzt haben sie selber zum Teil das Szepter der Regierung in der Hand, und der Jahrestag der Wahlen zur Nationalversammlung wird bald gekommen sein. Aber von Neuwahlen ist weit und breit nichts zu vernennen. Und das, obwohl die Nationalversammlung ausdrücklich nur zu dem Zweck gewählt worden ist, uns eine neue Reichsverfassung zu geben und darüber hinaus allenfalls noch die dringlichsten gesetzgeberischen Aufgaben zu erledigen. Dieses Programm ist erfüllt, und das sich in der Zwischenzeit in der Volkstimmung erhebliche Veränderungen vollzogen haben, die jegliche Nationalversammlung also nicht mehr der getreue Ausdruck des Volkswillens ist, wird von keiner Seite ernstlich bestritten. Trotzdem denkt Regierung und Mehrheitsparteien zurzeit noch nicht daran, an die notwendigen Neuwahlen heranzugehen — aus Gründen, die sich allerdings hören lassen.

Die Hauptsache ist, daß das Reichsgebiet nicht feststeht. Wir wissen freilich, daß Ost- und Westpreußen und der größte Teil von Posen und Westpreußen verloren sind, aber in den Abstimmungsgebieten steht die endgültige Entscheidung noch aus, und für die besetzten Gebiete im Westen werden wohl auch besondere Vorschriften erforderlich sein, wenn ihnen die Möglichkeit freier Wahlen gesichert werden soll. Dann fragt es sich doch, ob nicht bei der ersten Anwendung des neuen Wahlsystems im Januar des vorigen Jahres Erfahrungen gemacht worden sind, die Korrekturen in Einzelheiten nahelegen. Die Bildung und Abgrenzung der Wahlkreise, die Verteilung der Abgeordneten, die Einrichtung der Listen und Ähnliches mehr bedarf der Nachprüfung, und soviel man hört, schweben auch über diese Dinge zwischen der Regierung und einem Unterausschuß des Verfassungsausschusses der Nationalversammlung schon seit längerer Zeit Verhandlungen, die, wie man hofft, etwa bei Ablauf dieses Jahres zu Ende geführt sein werden. Dann erst wird ein bestimmter Gesetzesentwurf vorgelegt werden können, und dann erst wird die Nationalversammlung ihr Dasein beschließen können. Ob es dabei ohne tiefgreifende Veränderungen des von der Revolution gegebenen Wahlrechts abgehen wird, oder ob wir mit Verhöhnungen zu rechnen haben, den heutigen Mehrheitsparteien durch diese oder jene Korrektur, durch allerlei künstliche Nachhilfen abermals den Sieg zu sichern, kann heute noch niemand wissen. Die Ehrlichkeit der amtlichen Demokratie wird bei dieser Gelegenheit auf eine schwere Probe gestellt werden. In ihrem eigenen Interesse wäre es zu wünschen, daß sie sich hier keine Abweichung vom Pfad der Tugend zuschulden kommen ließe.

Hindenburg mahnt zur Ruhe.

Eine Kundgebung an die Berliner.

Angeichts der wachsenden Demonstrationen in Berlin hat Generalfeldmarschall v. Hindenburg an die Berliner einen Aufruf erlassen, in dem er sagt:

„Bei meiner Ankunft und während meines bisherigen Aufenthaltes in Berlin sind mir Äußerungen persönlicher Ehrung in solcher Fülle und in solcher Herzlichkeit entgegengetreten, daß ich mich tief verpflichtet fühle, dafür der Berliner Bevölkerung meinen aufrichtigsten Dank zu sagen. Ich sehe darin den aus dem Inneren kommenden Ausdruck des Entschlusses aller vaterländischen Kreise, die Schwere dieser Zeiten gemeinsam zu tragen, bis das Bittere der uns auferlegten Prüfung überwunden ist. Wie während des Krieges, so gilt auch heute mein ganzes Denken des ganzen deutschen Volkes Zukunft. In Rücksicht auf den über Berlin noch verhängten Belagerungs-

zustand bitte ich aber, von weiteren Kundgebungen absehen zu wollen, die geeignet sein könnten, den Verkehr und die öffentliche Ordnung zu erschweren. Die Gemeinsamkeit in Denken und Wollen mit der Berliner Bevölkerung gibt mir die Gewißheit, daß diese Bitte nicht mißverstanden wird.

Saenisch und die Demonstrationen.

Aus dem Kultusministerium wird mitgeteilt: „So sehr der Minister für Wissenschaft, Kunst und Volksbildung die Gefühle versteht und würdigt, die große Teile der Jugend in Liebe und Verehrung zu dem Feldmarschall Hindenburg aufblicken läßt, so wenig ist er gewillt, zu dulden, daß diese schönen und berechtigten Gefühle von politischen Drahtziehern mißbraucht werden für Zwecke parteipolitischen, gegen den Bestand der neuen Staatsordnung gerichteten Kundgebungen. Der Minister hat deshalb die strengsten Anordnungen getroffen, um zu verhindern, daß fernerhin die Schuljugend in derartige Demonstrationen hineingezogen wird. Es ist unbedingt untersagt worden, ohne Zustimmung der vorgeordneten Behörden zu Zwecken der Beteiligung an Straßenkundgebungen den Unterricht ganz oder teilweise ausfallen zu lassen. Die Leiter der an den bisherigen Kundgebungen vorzugsweise beteiligten Lehranstalten sind bereits amtlich vernommen worden. Über das Ergebnis der Untersuchung wird die Öffentlichkeit zu gegebener Zeit unterrichtet werden. Der Minister richtet an alle Schulleiter, Lehrer und Eltern den dringenden Appell, ihn in seinem Bestreben, die Politik aus der Schule fernzubehalten, nachdrücklich zu unterstützen. Von diesem Bestreben war keine Anordnung diktiert, am 9. November von allen allgemeinen Schulfestlichkeiten abzusehen; dem gleichen Bestreben dient auch das Einziehen gegen die parteipolitischen Hindenburg-Kundgebungen dieser Tage.“

Zwiespalt im Untersuchungsausschuß.

Abg. Warmuth legt den Vorstoß nieder.

(Gestern bereits kurz gemeldet.)

(Zwölfter Tag.)

Berlin, 15. Nov.

Der Vorsitzende Abg. Warmuth eröffnet die Sitzung mit der Feststellung, daß bei der Berichterstattung über die Erklärung des Ausschusses vom geirigen Tage ein Irrtum unterlaufen sei. Es muß heißen: Werturteile von Nichtmitgliedern des Ausschusses sind für den Ausschluß nicht maßgebend. Zu den Mitteilungen Dr. Davids über Interventionsversuche einer neutralen Macht stellt der Vorsitzende fest, daß die Verhandlungen darüber in geheimer Sitzung noch keineswegs abgeschlossen seien. Hierauf wandte sich der Vorsitzende an den Staatssekretär a. D. Helfferich mit dem Ersuchen um neue Aufklärungen über seine veränderte Stellungnahme zum rückwärtslosten U-Boot-Krieg.

Dr. Helfferich antwortet: Es handelte sich um eine faktische Frage. Auch Göttsch und Struve haben sich für den bedenklichsten Bau von U-Booten eingesetzt. Heute zeigen diese Herren aber eine prinzipielle Gewenigkeit. Für mich war wesentlich mitbestimmend die Antwort der Entente, durch die die Friedensstür schallend ins Schloß geworfen wurde. Ferner hatte die Oberste Seeresektion erklärt, daß sie die Verantwortung für die weitere Fortsetzung der Kriegsoptionen nicht übernehmen könne, wenn nicht unsere schwer bedrängten Wirtfront durch den U-Boot-Krieg Erleichterung verschafft werde.

Wir standen einer militärischen Zwangslage gegenüber. Sollte da der Reichskanzler oder ich es darauf ankommen lassen, daß Hindenburg und Ludendorff erklärten: Wenn man uns die Mittel nicht bewilligt, die wir brauchen, und politische Gesichtspunkte höher einschätzt, dann müssen wir erklären, daß wir nicht mehr mitspielen? Der Zeuge ist schon damals skeptisch gewesen, kann aber Bestimmtes unter seiner Eide über die Bereitwilligkeit Wilsons zur Friedensvermittlung nicht ausagen, Wilsons Senatsratschaft habe seine Ansicht bestätigt. Nach einigen Bemerkungen zwischen Helfferich und Bernstorff über die Stimmung in Amerika kommt die Rede auf die damaligen

Mitteilungen Lansing's an die Presse.

Graf Bernstorff bemerkt: Lansing mußte täglich etwa 20 Journalisten Rede und Antwort sehen. Er erklärte diesen, daß die Rechte der Vereinigten Staaten so sehr von den kriegsführenden Mächten beeinträchtigt würden, daß eine Kriegsgefahr entliehen könnte. Seine Äußerung, die Vereinigten Staaten händen am Rande des Krieges, soll Wilson zu Ohren gekommen sein, und er hat Lansing veranlaßt, diese Äußerung zu dementieren.

Zeichne mit 500 Mark bar
und 500 Mark Kriegsanleihe

1000 Mark Deutsche Spar-Prämienanleihe